



Was ich sagen wollte ...

Parteivorsitzender Otto Wels am 23. März 1933 in der Berliner Krolloper (der Reichstag war abgebrannt): „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

Newsletter von Bernd Rützel

Nr. 37 | April 13

Wasser muss öffentliches Gut bleiben

Wasser ist ein lebensnotwendiges Gut. Eine qualitativ hochwertige und bezahlbare Wasserversorgung muss Ziel guter Politik bleiben. Deswegen fordern wir in der SPD, öffentliche Träger der Wasserversorgung – wie Stadtwerke oder kommunale Zweckverbände – aus dem Anwendungsbereich der neuen Richtlinie herauszunehmen. Es bringt keinen Nutzen, gute und bezahlbare öffentliche Wasserversorgung dem Wettbewerb zu unterwerfen. Vielmehr droht, dass das Gewinnstreben durch zunehmende Privatisierungen in der Wasserversorgung zulasten der Qualität geht.



Der SPD-Ortsverein Gemünden hat an seinem 5. Tag des Wassers zur Besichtigung des Pumpspeicherkraftwerks im Sindertsbachtal eingeladen. Unter den 28 Besucherinnen und Besuchern waren neben dem Ortsvereinsvorsitzenden Bernd Rützel auch MdL Harald Schneider und MdB a.D. Heidi Wright.

Auch wenn der aktuelle Richtlinienentwurf keine Privatisierungen verpflichtend vorschreibt, erhöht sich der Druck zu Privatisierungen massiv. Gerade in der Wasserversorgung wird hier Politik gegen den gesunden Menschenverstand und gegen die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher gemacht. Die Ausnahmeregelungen für Wasserversorgung mit einer privaten Beteiligung von unter 20 Prozent verhindert es, dass Kommunen – auch in Zusammenarbeit über Ortsgrenzen hinweg – im Sinne des Gemeinwohls ihre Wasserversorgung flexibel und bedürfnisorientiert gestalten können. Die Festsetzung der 20-Prozent-Schwelle ist zudem sachlich nicht zu begründen und wirkt willkürlich gesetzt.

Obwohl der Wirtschaftsausschuss des Bundestages in weiten Teilen diese Sorgen teilt, ist es der Bundesregierung nicht gelungen, diese Position in der Neufassung des Richtlinienentwurfs zu platzieren und die Wasserwirtschaft auszuklammern. Das ist umso erstaunlicher, als dass die Rettungsdienste und die kommunale Kreditbeschaffung ausgenommen wurden. Die Bundesregierung bleibt eine Begründung schuldig, weshalb sie die Wasser-

versorger nicht vor der Konzessionsvergabe-Richtlinie schützen konnte. Wasser ist ein öffentliches Gut, keine Handelsware – deshalb fordern wir eine Richtlinie, die die funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft als existenzsichernde öffentliche Dienstleistung erhält!

Der Demokratie die Würde genommen

Es berührt mich mit Stolz, dass ich jener Partei angehöre, deren 94 Abgeordnete sich gemeinsam vor 80 Jahren dem 'Ermächtigungsgesetz' entgegenstellten. Der Ortsverein Veitshöchheim hatte zu einer Gedenkveranstaltung zu 80 Jahren „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (genannt 'Ermächtigungsgesetz')“ in den Ratskeller eingeladen. Den Festvortrag hielt Prof. Dr. Klaus Schönhoven.

Den Kommunisten war die Abstimmung bereits verwehrt und die bürgerlichen Parteien hatten zugestimmt. Das war nicht nur eine einfache Abstimmung, sondern es ging darum, ob den Ansätzen der Weimarer Demokratie die Würde und die bürgerlichen Freiheiten genommen werden konnten. Das erforderte Mut, denn die Abgeordneten mussten durch ein Spalier mit johlenden SA- und SS-Männern in einen Saal der mit Hakenkreuzfahnen dekoriert war. Von den in der Reichstagswahl am 5. März gewählten 120 Abgeordneten der SPD konnten nur 94 teilnehmen. Die anderen waren bereits in „Schutzhaft“ genommen oder waren ins Ausland emigriert“



Im Gespräch mit Prof. Dr. Klaus Schönhoven

Die Arbeiterbewegung war zu schwach, sich 1933 Hitler und seinem Regime entgegen zu stellen. Die Arbeiterparteien waren zerstritten, die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften war zurückgegangen und nur noch ein Viertel der Mitglieder waren vollwerbstätig. „Wie kampfstark kann eine Gewerkschaft sein, wenn der Großteil ihrer Mitglieder arbeitslos oder in Kurzarbeit ist“? Die Beschäftigten waren in ständiger Angst um den Arbeitsplatz, den permanenten Repressalien der Arbeitgeber ausgesetzt und hatten den stetigen Verlust von Arbeitnehmerrechten vor Augen“ „Deshalb verdient das Nein der Sozialdemokratie

gegen das Ermächtigungsgesetz 1933 unsere hohe Anerkennung“. Eine pressewirksame Würdigung der Ereignisse vor 80 Jahren wäre sicher sinnvoller gewesen, als über Nichtigkeiten der Fürstenhäuser zu berichten. OB Georg Rosenthal erzählte mir, dass er von Journalisten gefragt wurde, was denn Otto Wels für Würzburg geleistet habe, weil jetzt eine Straße nach ihm benannt wurde. „Mehr als Bismarck“, antwortete er.

Es ist zu bedauern, dass ein geschlossenes Vorgehen bei einem Verbandsantrag der NPD nicht möglich ist, weil die FDP-Minister diesen für die Bundesregierung blockieren. Damit senden sie ein falsches Signal aus und begünstigen, dass die rechte Partei, die immer noch der Ideologie vor 80 Jahren anhängt, weiter mit Steuermitteln gefördert wird. Am 1. Mai ist die breite demokratische Bewegung „Würzburg ist bunt“ gefordert und alle sind aufgerufen, diese zu unterstützen und dem geplanten Aufmarsch rechter Kräfte machtvoll entgegenzutreten.

In unserem Jubiläumsjahr laden viele Ortsvereine zu Feierlichkeiten ein. Dieses Bild ist beim Festakt zur Ausstellung „150 Jahre SPD“ im Huttenschloss Gemünden entstanden. In den sieben Öffnungstagen konnten über 300 Besucher/innen sich mit der Geschichte der Sozialdemokratie beschäftigen.



v.l.n.r.: MdL Harald Schneider, Bundestagskandidat Bernd Rützel, stellv. Ortsvereinsvorsitzende Monika Poracky, Festredner und Landtagskandidat Thorsten Meyer.

Newsletter aus dem Webomat

Der Versand meines Newsletters über unsere Web-Plattform Webomat ist angelaufen. Viele haben sich schon ein BayernSPD-Konto eingerichtet. Einfach auf meiner Website www.bernd-ruetzel.de im rechten Bereich *Newsletter* anklicken und sich ein BayernSPD Konto einrichten. Anschließend bei Bernd Rützel ein Häkchen setzen. Dies ist auch für Nicht-SPD-Mitglieder möglich. Übrigens: genau darunter ist die Beitrittserklärung zur SPD....



Dies meint jedenfalls